

Eine andere Klausel schreibt vor, dass in China hergestellte Autos und Importwagen nicht über gemeinsame Händlernetzwerke vertrieben werden dürften. Ausländische Unternehmen, die in China produzieren, könnten ihre im Aufbau befindlichen Vertriebsnetze also nicht nutzen, um im Ausland hergestellte Modelle zu verkaufen. Dies könnte die Verlagerung weiterer Produktion nach China fördern, oder aber den Vertrieb bestimmter Modelle unrentabel machen. In jedem Fall gehen doppelte Händlernetze zu Lasten der Wirtschaftlichkeit.

Besorgt zeigten sich ausländische Hersteller über die Tatsache, dass sie den Entwurf der Richtlinie nicht von der Regierung, sondern von chinesischen Joint-Venture-Partnern erhalten hätten. „Regulierungsvorschläge für eine derart kapitalintensive Industrie bedürfen eines viel höheren Niveaus an Transparenz und Offenheit, als die verantwortlichen Behörden bislang gezeigt haben“, sagte Pat Powers von der US-Handelskammer China. (AWSJ, 24., 31.7.03; SCMP, 15.7.03)

CHINESEN KAUFEN IM ERSTEN HALBJAHR ÜBER 80% MEHR AUTOS

In der ersten Jahreshälfte 2003 wurden in China 842.800 Personenkraftwagen abgesetzt, das sind 82,44% mehr als im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr wird der Verkauf von 1,9 Mio. Pkw erwartet, nach 1,09 Mio. im Jahr 2002. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres wurden 895.500 Pkw im Land hergestellt, ein Anstieg von 103,53%. Nach Einschätzung der China National Automotive Industry Consulting and Development Corp. (CAC) hatte die SARS-Epidemie keinen negativen, sondern einen leicht stimulierenden Effekt auf die Autoverkäufe. Viele, die ohnehin den Kauf eines Pkw planten, hätten die Anschaffung vorgezogen, um nicht auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen zu sein. Weitaus wichtigere Gründe für den Autoboom sind jedoch Preiskriege, die wiederum in der starken Konkurrenz und den sinkenden Einfuhrzöllen ihre Ursachen haben. Vor allem aber steigt das Einkommen gerade der städtischen Bevölkerung, sodass sich immer mehr Menschen ein eigenes Auto leisten können. (NFA, 18.7.03; XNA, 30.7.03)

VOLKSWAGEN INVESTIERT 6 MRD. EURO BIS 2008 UND VERDOPPELT DIE PRODUKTION

Mit einem 6 Mrd. Euro schweren Investitionsprogramm will Volkswagen in den kommenden fünf Jahren die Produktionskapazität verdoppeln und neue Modelle einführen. Damit will der Konzern seine starke Stellung in einem dynamischen Umfeld verteidigen. Von Januar bis Juni wuchsen die VW-Verkäufe mit 52% deutlich langsamer als der Markt. Der Marktanteil fiel um fünf Punkte auf 34%.

Das Kapital für die Investitionen soll aus den Erträgen des chinesischen Geschäfts kommen.

1,3 Mrd. Euro fließen allein in den Bau einer neuen Fabrik für jährlich 300.000 Fahrzeuge, die Volkswagen zusammen mit dem Partner First Automotive Works in Changchun errichtet. In einer bestehenden Fabrik an dem Standort fertigen heute 7.000 Mitarbeiter täglich 1.100 Fahrzeuge der Modelle Bora, Jetta, A4, A6 und seit diesem Frühjahr auch Golf 4. Unterdessen baut VW seine Angebotspalette weiter aus. Noch dieses Jahr plant das Unternehmen, fünf neue Modelle in China einzuführen. In Shanghai, dem zweiten Standort von Volkswagen, wird kein neues Werk entstehen. Der Autobauer denkt über eine weitere Fabrik außerhalb der Stadt nach. (FAZ, 16.7.03; FT, 16.7.03; HB, 16.7.03) -bö-

SVR Hongkong

29 Massendemonstration gegen Anti-Subversions-Gesetzgebung am sechsten Jahrestag des Souveränitätswechsels stürzt Administration Tung in Regierungskrise

Am 1. Juli, dem sechsten Jahrestag des Souveränitätswechsels, erlebte die Sonderverwaltungszone die größten Massenproteste seit der Übergabe an die Volksrepublik China. Eine halbe Million Hongkonger gingen auf die Straße, um gegen das geplante Anti-Subversions-Gesetz und die Regierung Tung Chee-hwa zu demonstrieren. Die

Ereignisse lösten die bislang schwerste Regierungskrise in der Sonderverwaltungsregion aus.

Der Hongkonger Regierungschef war in den vergangenen Monaten zunehmend unter öffentlichen Druck geraten. Von seinen Kritikern wird ihm inkompetente Amtsführung, Versagen bei der Wiederbelebung der Konjunktur und anfängliches Missmanagement bei der SARS-Krise vorgeworfen (vgl. C.a., 2003/4, Ü 29; 2003/5, Ü 35). Darüber hinaus hat sich der Regierungschef durch die Handhabung der Anti-Subversions-Gesetzgebung nach Artikel 23 des *Basic Law* weiter unbeliebt gemacht. Artikel 23 schreibt vor, dass die Sonderverwaltungsregion Gesetze gegen Abspaltung, Verrat und Aufwiegelung verabschieden soll. Details und Zeitrahmen finden sich jedoch nicht in dem Artikel. Die Administration Tung hatte im letzten Jahr den Gesetzgebungsprozess in Gang gebracht und eine entsprechende Vorlage im Februar diesen Jahres der Legislativversammlung vorgelegt. Die darin enthaltenen verschärften Sicherheitsbestimmungen haben in der Hongkonger und internationalen Öffentlichkeit Befürchtungen vor einer beschleunigten Erosion der politischen Autonomie und der demokratischen Freiheiten, wie der Versammlungs-, Religions- und Redefreiheit Hongkongs hervorgerufen (vgl. C.a., 2003/2, Ü 31).

Demokratische Kräfte und Bürgerforen hatten über Monate hinweg gegen die Implementierung des Gesetzes protestiert. So war auch die am 4. Juni veranstaltete Kundgebung zum Gedenken an die Protestbewegung 1989 in eine Demonstration gegen den geplanten Erlass der Sicherheitsgesetze und die Regierung Tung umgeschlagen (vgl. C.a., 2003/6, Ü 29). Trotz der Proteste sah es lange Zeit danach aus, als würde die Regierung Tung, die aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse nicht um die geplante Verabschiedung des Gesetzes am 9. Juli in der Legislativversammlung fürchtete, nicht von ihrer harten Linie abweichen.

Der Ärger über die Regierung Tung und die Besorgnis über die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten gipfelte schließlich in der Großdemonstration vom 1. Juli. Der Unmut der

Demonstranten richtete sich vorrangig gegen die eigene Administration und nicht gegen die Zentralregierung in Beijing. So soll der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao, der anlässlich des sechsten Jahrestages des Souveränitätswechsels in die Sonderverwaltungsregion gereist war, nach Angaben vieler Kommentatoren von den meisten Hongkongern recht herzlich begrüßt worden sein. Wen nahm an den offiziellen Feierlichkeiten teil, im Rahmen derer er ein bilaterales Freihandelsabkommen unterzeichnete, das der geplagten Hongkonger Wirtschaft privilegierten Zugang zum festlandchinesischen Wirtschaftsraum gewährt. Von den Protesten bekam er jedoch nur wenig mit.

Die Massendemonstrationen Anfang Juli, die für die Regierung Tung relativ überraschend kamen, gaben dem oppositionellen Lager erheblichen Auftrieb und setzten den Regierungschef unter starken Handlungsdruck. Die Organisatoren der Massenkundgebung drohten der Regierung damit, wieder Zehntausende auf die Straße zu holen, wenn das Gesetz trotz des breiten Protests der Legislative vorgelegt werden würde. Nichtsdestotrotz hielt Tung zunächst an der abschließenden Lesung und der geplanten Verabschiedung der Gesetzesvorlage am 9. Juli fest. Um aber seinen guten Willen zu demonstrieren, kündigte der Regierungschef am 5. Juli an, dass die Gesetzesvorlage an besonders umstrittenen Passagen substanziell modifiziert werde. Die vorgeschlagenen Änderungen umfassen folgende Punkte:

- Das Verbot Hongkonger Ableger von Organisationen, die auf dem Festland illegal sind (beispielsweise die Meditationsbewegung Falun Gong), wird gestrichen.
- Für Journalisten, die das Veröffentlichungsverbot von klassifiziertem Material missachten, darf als Rechtfertigungsgrund „öffentliches Interesse“ gelten.
- Die Regelung, die der Polizei das Recht für Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung gibt, wird fallen gelassen.

Die geplanten Änderungen konnten die erhitzten Gemüter nicht abkühlen.

Repräsentanten mehrerer Nichtregierungsorganisationen bezeichneten sie als nicht ausreichend, und auch die Opposition war mit den Modifikationen und dem weiteren Festhalten der Regierung an der planmäßigen Verabschiedung des Gesetzes nicht zufrieden. Zudem gab Tungs eilige Unterbreitung von Konzessionen jenen Kräften im Regierungslager Auftrieb, die eine allzu schnelle Verabschiedung einer wenig durchdachten Vorlage aufgrund des weit verbreiteten Misstrauens unter der Bevölkerung für nicht angebracht hielten.

So drängte nun auch der Vorsitzende der unternehmerfreundlichen Liberalen Partei und Mitglied des Exekutivrats, James Tien, auf eine Verschiebung der abschließenden Lesung des Gesetzes bis zum Jahresende. Die Liberale Partei, die in der Parteienlandschaft Hongkongs eine Mittelposition zwischen den chinakritischen Demokraten und den prochinesischen Kräften einnimmt, war bisher eine wichtige Verbündete der Administration Tung. In den großen politischen Sachfragen hat sie meist die Regierungsposition vertreten, ihre Ansichten jedoch nicht so extrem prochinesisch vorgetragen, wie es bei der Beijing-nahen Demokratischen Allianz für die Verbesserung Hongkongs der Fall ist. Am 6. Juli verkündete Tien, dass die Abgeordneten seiner Partei bei einer Abstimmung in der Legislativversammlung gegen die Gesetzesvorlage stimmen würden und trat aus Protest gegen das Vorgehen des Regierungschefs als Mitglied des Exekutivrats zurück. Damit verlor Tung einen wichtigen Verbündeten und die nötigen acht Stimmen der Liberalen Partei in der Legislativversammlung, die ein Scheitern der Gesetzesvorlage wahrscheinlich machten. Nach einer eilig einberufenen Sondersitzung des Exekutivrats, teilte Tung um zwei Uhr morgens des nächsten Tages der Presse mit, dass die abschließende Lesung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Auf diese Weise bleibe mehr Zeit für allgemeine Konsultationen.

Die Zugeständnisse Tung Chee-hwas halfen jedoch nicht, den Druck auf seine Regierung zu mindern. Die Stimmung blieb weiter aufgeheizt. Ermöglicht durch den bisherigen Erfolg wurden nun weitere Forderungen aus dem oppositionellen Lager laut. Tung müs-

se zurücktreten oder zumindest den Exekutivrat völlig umbilden. Prodemokratische Gruppen verlangten außerdem die Ausweitung der Direktwahlen. Diese Forderungen des demokratischen Lagers wurden durch zwei weitere Protestaktionen mit Zehntausenden von Teilnehmern untermauert.

Trotz der wachsenden Kritik an seinem Führungsstil verweigerte sich Tung, zurückzutreten. Er ließ verlauten, dass es unverantwortlich sei, zu diesem kritischen Zeitpunkt zurückzutreten. Stattdessen entließ Tung am 16. Juli zwei besonders kontroverse Mitglieder seiner Regierung. Innerhalb von zwei Stunden gab der Regierungschef der Presse zunächst den Rücktritt seiner für die innere Sicherheit zuständigen Ministerin Regina Ip und schließlich den seines Finanzministers Antony Leung bekannt. Beide Minister betonten, dass ihr Rücktritt nicht im Zusammenhang mit den Protesten stünde. Hongkonger Politikexperten sind sich jedoch einig, dass der öffentliche Druck ausschlaggebend für den Entschluss war.

Zumindest der Rücktritt von Regina Ip steht im eindeutigen Zusammenhang mit den Demonstrationen. Die Ministerin, in deren Zuständigkeitsbereich die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung fiel, war aufgrund ihres vehementen Eintretens für die zügige Implementierung des neuen Gesetzes zunehmend unter öffentlichen Beschuss geraten. Zudem stieß Ip, die von ihren Anhängern als eine der Fähigsten in der Administration gesehen wurde, bei vielen Hongkongern mit ihrer entschiedenen Loyalität gegenüber der chinesischen Zentralregierung in Beijing auf Verärgerung. Die Ministerin gab in ihrem Rücktrittsschreiben persönliche Gründe für ihre Entscheidung an. Tung brachte sein Bedauern für ihren Entschluss zum Ausdruck und versicherte, dass er sie gern im Amt behalten hätte.

Finanzminister Leung war im März bei der Bevölkerung in Ungnade gefallen, da er kurz vor einer von ihm veranlassten Steuererhöhung auf Luxuslimosinen eine ebensolche selbst gekauft hatte. Aufgrund dieses Skandals, der sich insbesondere wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Sonderverwaltungsregion hochschaukelte und inzwischen von den Behör-

den untersucht wird, hatte Leung seinen Rücktritt angeboten. Der Regierungschef, der gemäß den Regeln des im Juni letzten Jahres eingeführten ministeriellen Systems das alleinige Entscheidungsrecht über die Entlassung seiner Minister hat, beließ es im März aber bei einer Ermahnung seines Finanzministers (vgl. C.a., 2003/3, Ü 34). Dass Leung nun doch seinen Hut nahm, zeugt nach Meinung vieler Kommentatoren dafür, dass er zusammen mit Ip als Sündenbock für die allgemeine Unbeliebtheit der Administration Tung erhalten musste.

Tung konnte zunächst keine Nachfolge für die beiden zurückgetretenen Minister präsentieren. Erst am 4. August gab der Regierungschef die Ernennung des Industriellen Henry Tang zum neuen Finanzminister und Ambrose Lee, ein altgedienter Staatsbeamte, zum neuen Minister für Innere Sicherheit bekannt.

Drei Wochen nach der Massendemonstration verkündigte die Regierung außerdem, dass sie der Öffentlichkeit im September einen modifizierten Entwurf des Anti-Subversions-Gesetzes vorlegen werde, das zwar nicht alle, jedoch einige Forderungen der Kritiker aufnehmen soll. Auch die Modifikationen, die bereits am 5. Juli angekündigt worden waren, sollten beibehalten werden (s.o.). Es solle zudem genug Zeit für öffentliche Konsultationen geben. Chinabeobachtern zufolge sei diese Entscheidung Tungs auch von der chinesischen Zentralregierung während seines Besuches am 19. Juni in Beijing abgesegnet worden. Die Zentralregierung, die sich seit Beginn der Proteste am 1. Juli mit offiziellen Stellungnahmen zu der Anti-Subversions-Gesetzgebung und der Regierungsführung Tungs wenig geäußert hatte, sprach Tung nach Berichten der Nachrichtenagentur Xinhua bei seinem Besuch in der Hauptstadt ihr vollstes Vertrauen aus (zur Haltung der Zentralregierung und dem Besuch Tungs in Beijing siehe nachfolgende Übersicht).

Zum Thema einer möglichen Einführung allgemeiner Direktwahlen hat die Regierung noch keinerlei konkrete Pläne bekannt gegeben. Der Fokus der Hongkonger Aktivisten hatte sich seit den Demonstrationen zunehmend von der Attacke des Anti-Subversions-

Gesetzes auf die Forderung nach allgemeinen Wahlen verlagert. Prodemokratische Gruppen verlangen, dass der Regierungschef nach Ablauf der Amtszeit Tungs 2007 direkt vom Volke gewählt wird, um so die Legitimation der Hongkonger Administration zu erhöhen. Außerdem sollen alle Abgeordneten der Legislativversammlung ab 2008 direkt gewählt werden. Der Regierungschef wird bisher durch ein Wahlkomitee bestimmt, das in seiner faktischen Zusammensetzung einseitig die Interessen Beijings und der Hongkonger Geschäftswelt repräsentiert. Auch die Mitglieder der Legislativversammlung werden zur Hälfte durch berufsständische Wahlkollegien besetzt. Das *Basic Law* sieht vor, dass bis zum Jahre 2007 allgemeine Wahlen eingeführt werden können, es gibt allerdings keine detaillierten Ausführungsbestimmungen. Nach einer Mitte des Monats durchgeführten Meinungsumfrage unterstützen 80% der Hongkonger eine Direktwahl ihrer Regierung. Viele Kommentatoren in Hongkong sind der Ansicht, dass nur ein Regierungschef, der durch allgemeine Wahlen ins Amt gekommen ist, auch die nötige Autorität erhalte.

Hatte bislang nur das oppositionelle Lager die Einführung allgemeiner Wahlen verlangt, überraschte Mitte Juli die größte der establishmentnahen Parteien, die Demokratische Allianz für die Verbesserung Hongkongs, mit der Forderung nach einer baldigen Ausweitung der Direktwahlen. Der Regierungschef ließ dazu bisher nur verlauten, dass man beabsichtige, ab 2003 oder 2004 mit der Öffentlichkeit über mögliche neue Wahlverfahren zu diskutieren.

Für die zukünftige Entwicklung und politische Stabilität der Sonderverwaltungszone wird abgesehen von der wirtschaftlichen Komponente nun viel davon abhängen, mit welcher Geschwindigkeit und auf welche Art und Weise die Hongkonger Regierung mit der Anti-Subversions-Gesetzgebung sowie politischen Reformen weiter verfährt. Das oppositionelle Lager hat bereits deutlich gemacht, dass es ihren Protest erneut auf die Straße tragen werde, wenn der Regierungschef weiterhin die Forderungen nach politischen Reformen und die Meinung der Öffentlichkeit missachte.

Dass sich Tung der heiklen Situation durchaus bewusst ist, zeigte er Ende Juli, als er den Hongkongern versicherte, künftig mehr auf deren Belange zu hören. Er kündigte an, dass die Regierung von den Erfahrungen der letzten Zeit lernen werde. Dabei gab er zu, dass seine Administration Fehler begangen habe. Sein Regierungsstil und die Defizite der gesamten Administration hinsichtlich der Kommunikation mit der Öffentlichkeit seien ein nachvollziehbarer Grund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Er wolle daher in Zukunft öfter mit Vertretern des oppositionellen Lagers zu Beratungen zusammenkommen, um sich ein umfassendes Bild der öffentlichen Meinung zu machen. Bisher hatte Tung den Kontakt mit führenden Mitgliedern der Opposition möglichst vermeiden und viele von ihnen als Unruhestifter bezeichnet.

Festzuhalten ist, dass die massiven Proteste in den ersten zwei Wochen des Monats zu bemerkenswerten Ergebnissen in der Sonderverwaltungsregion geführt haben. Zum ersten Mal seit der Übergabe an die Volksrepublik konnte massiver Druck der Öffentlichkeit die Autorität der Regierung herausfordern und das politische Klima in Hongkong erheblich beeinflussen. (FAZ, 30.6., 18., 21., 22., 23.7.03; SCMP, 1., 3., 8., 10., 16., 21., 26.7.03; SZ, 1., 2., 8.7.03; Xinhua, 1.7.03, nach BBC PF, 3.7.03; XNA, 1., 19., 21.7.03; ST, 1., 11., 15., 16., 27.7.03; WSJ, 2., 3., 10., 11., 17., 19., 23., 27., 30.7.03; NZZ, 2., 8., 11., 17., 18., 23.7.03; RTHK, 7., 14.7.03, nach BBC PF, 8., 15.7.03; *Independent*, 7.7.03; *Washington Post*, 7.7.03; FT, 16., 17., 18., 21.7., 5.8.03; IHT, 18., 22., 23., 28.7.03; FEER, 31.7., 14.8.03; JB, 2003/8, S.8/9; ZM, 2003/8, S.28-32; Harvey Stockwin, „Article 23 Stimulates Hong Kong's People Power“, in: *China Brief*, vol.3, issue 14, 15.7.03) -bk-

30 Besuch der Hongkonger Regierungschefs in Beijing

Am 19. Juli hat sich der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Hongkong, Tung Chee-hwa, zu einem Besuch in Beijing aufgehalten. Als Anlass dieser Visite gab Tung an, die chinesische Zentralregierung per-

sönlich über die Regierungskrise in Hongkong informieren zu wollen (vgl. vorangegangene Übersicht).

Der Hongkonger Regierungschef traf bei seinem Kurzbesuch in der Hauptstadt mit dem ZK-Generalsekretär und Staatspräsidenten Hu Jintao, dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao und anderen hochrangigen Regierungs- und Parteikadern zusammen. Berichten der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge, drückte die parteistaatliche Führung ihre Besorgnis über die Ereignisse in Hongkong aus. Sie gab jedoch demonstrativ zu verstehen, dass sie volles Vertrauen in die Administration Tung habe.

Chinesische Medien berichteten, dass Hu Jintao bei seinem Gespräch mit Tung aufs Neue die uneingeschränkte Unterstützung für die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ und für die Autonomie der Sonderverwaltungsregion durch die Zentralregierung betont habe. Hu bemühte sich zudem, Sorgen um die bürgerlichen Freiheiten in der Sonderverwaltungsregion zu zerstreuen. Allerdings stellte er auch heraus, dass das Grundgesetz (*Basic Law*) Hongkongs voll implementiert werden müsse. Dies beinhaltet unter anderem die vom Artikel 23 vorgeschriebene Gesetzgebung hinsichtlich der inneren Sicherheit. Der Staats- und Parteichef äußerte sich jedoch zuversichtlich, dass die Hongkonger Bevölkerung die neuen Sicherheitsgesetze noch „verstehen und akzeptieren“ werde. In Bezug auf mögliche Reformen des politischen Systems der Sonderverwaltungsregion mahnte Hu, dass diese nicht übereilt durchgeführt werden dürften.

Seit Beginn der Proteste am 1. Juli hat sich die parteistaatliche Führung in Beijing mit offiziellen Stellungnahmen zu den Entwicklungen in Hongkong zurückgehalten. Zwar brachte die chinesische Zentralregierung Mitte des Monats ihre Missbilligung der Demonstrationen klar zum Ausdruck, indem sie die drei Großkundgebungen als „Trilogie“ bezeichnete, die darauf abziele, die Sonderverwaltungsregion zu „unterminieren und die politische Stabilität zu stürzen“; ansonsten war in den chinesischen Medien aber nur am Rande über die Demonstrationen und ihre Folgen berichtet worden. Hongkonger Presseberichten zufolge soll Beijing eine Gruppe von

Regierungsbeamten in die Region geschickt haben, um die Schwere der politischen Krise einzuschätzen. Zudem habe die chinesische Zentralregierung unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao eine Führungsgruppe eingerichtet, die sich mit der Situation in Hongkong befasst.

Nach Ansicht vieler Chinaexperten täusche Beijings demonstrative Rückendeckung für den Kurs des Hongkonger Regierungschefs jedoch nicht darüber hinweg, dass in der chinesischen Zentralregierung – für die politische Stabilität höchste Priorität darstellt – auch Unzufriedenheit mit Tung herrsche. Gut informierten Hongkonger Quellen zufolge werde die Amtsführung Tungs auch in Beijing durchaus kritisch betrachtet. So hätte ein klügeres Vorgehen des Regierungschefs die Krise möglicherweise abwenden können. Einige Beobachter sind der Meinung, dass die Zentralregierung von vornherein möglicherweise auch mit einer abgeschwächten Form der Anti-Subversions-Gesetzgebung zufrieden gewesen sei. Dieses ließ kürzlich auch der Vorsitzende der wirtschaftsnahen Liberalen Partei nach Gesprächen in Beijing vernehmen.

Nichtsdestotrotz sei es, so viele Chinaexperten, unmöglich für Beijing, Tung zum jetzigen Zeitpunkt fallen zu lassen. Dieses würde die politische Stabilität in Hongkong weiter erschüttern und könnte auch Rückwirkungen auf das chinesische Festland haben. Es sei jedoch zu erwarten, dass Beijing seine Kontrolle über die Regierung in Hongkong verstärken werde. Unter anderem sei es wahrscheinlich, dass Tung in Zukunft noch öfter die zentralstaatliche Führung konsultieren und Beijing nunmehr regelmäßig hochrangige Regierungsvertreter in die Sonderverwaltungszone schicken werde. Außerdem scheint die chinesische Zentralregierung auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage in Hongkong zu setzen, um die politische Stabilität der Sonderverwaltungsregion wiederherzustellen. So gab die Führung in Beijing während des Besuchs von Tung Chee-hwa bekannt, dass sie verschiedene Maßnahmen ergreifen wolle, um der schwächelnden Hongkonger Wirtschaft aus der Krise zu verhelfen.

Für die Zentralregierung in Beijing ist es schwierig, einer politischen Rebellion in Hongkong etwas entgegenzusetzen. Eine gewaltsame Niederschlagung der Massenproteste und ein Verbot von oppositionellen Gruppen wäre ein klarer Verstoß gegen das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ und hätte für China schwerwiegende internationale Konsequenzen. Darüber hinaus würden die Chancen auf eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan auf diese Weise zunichte gemacht. Denn auch Taiwan bietet die Volksrepublik das Modell „Ein Land, zwei Systeme“ an, um die Insel zurück ins Mutterland zu holen. Dabei soll das Beispiel der Sonderverwaltungsregion den Taiwanesen zeigen, dass diese Lösung praktikabel ist. Der taiwanesischer Präsident Chen hat aber bereits jetzt die Krise in Hongkong herangezogen, um zu illustrieren, dass das Modell „Ein Land, zwei Systeme“ lediglich eine hohle Formel sei. (XNA, 1., 4., 5., 7., 19., 21.7.03; FT, 10., 18., 21.7.03; ST, 16.7.03; WSJ, 17., 19., 21.7.03; Willy Lam, „One-Country Two-Systems after '7-1““, in: *China Brief*, vol.3, issue 15, 29.7.03) -bk-

31 Verbesserung des Gesundheitssystems nach SARS

Während auch Ende Juli noch neue Verdachtsfälle von SARS-Infektionen auftraten (NZZ, 24.7.03), haben die „Aufräumarbeiten“ längst begonnen. Die Schwächen des Gesundheitssystems sollen analysiert, das Informationssystem über ansteckende Krankheiten verbessert und die Kapazitäten der Krankenhäuser erweitert werden. Damit will sich Hongkong sowohl für einen befürchteten erneuten SARS-Ausbruch zum Winter hin als auch gegen andere epidemische Krankheiten wappnen.

Bereits am 28. Mai war vom Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa ein internationales Expertenkomitee mit zwei Untergruppen eingerichtet worden (Hospital Management and Administration Group sowie Public Health Group), um Ausbruch und Management der Epidemie zu untersuchen, Verbesserungen für das Gesundheitssystem vorzuschlagen und Schlussfolgerungen für künftige mögliche Ausbrüche zu ziehen. Diese

Gruppen, die sich im Juni und Juli für mehrere Tage trafen und vor Ort den Umgang mit der Krankheit untersuchten, sollen ihren Bericht im September direkt an Tung übermitteln. Die Ergebnisse, so versprach Tung am 17. Juli, sollen aber auch öffentlich gemacht werden. Die Leitung der Gruppen habe er zwei anerkannten Experten übertragen, Sir Cyril Chantler und Professor Sian Griffith. Der Minister für Gesundheit Dr. Yeoh Eng-kiong solle nur koordinierende und unterstützende Funktion haben. Damit reagierte Tung auf die massive Kritik seitens der Hongkonger Medizinervereinigung, die der Regierung vorwirft, zu langsam auf den Ausbruch der Krankheit reagiert zu haben. Deren Präsident Dr. Lo Wing-lok hatte mit der 92%igen Rückendeckung einer Ärzteumfrage gefordert, dass Dr. Yeoh von der Leitung der Kommission zurücktrete, da er sich nicht selbst kontrollieren könne (WSJ, 29.6.03; Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/17/0717207.htm).

Das Finanzkomitee des Legislative Council hat am 18. Juli 1,4 Mrd. HK\$ zur Verfügung gestellt, um die Bekämpfung von SARS zu unterstützen. Von dieser Summe sollen 409,6 Mio. HK\$ neun öffentlichen Notfall-Krankenhäusern ermöglichen, ihre Aufnahmekapazitäten für Infektionskrankheiten durch den Ausbau von Isolierräumen zu vergrößern. Bis zum Jahresende sollen ca. 1.280 Betten in Räumen verschiedener Größe zur Verfügung stehen. 500 Mio. HK\$ sollen der Forschung zur Verfügung gestellt werden (darunter 50 Mio. HK\$ für Forschung in der VR China), um die Kenntnisse über SARS und andere Infektionskrankheiten zu verbessern. Die restlichen 500 Mio. HK\$ sollen direkt der besseren Betreuung von SARS-Patienten, der stärkeren Kontrolle bei Infektionen und der öffentlichen Gesundheitserziehung zugute kommen. Mit diesem Maßnahmenpaket stieg die insgesamt zur Bekämpfung von SARS bereitgestellte Summe von nur 400 Mio. HK\$ auf insgesamt 1.809,6 Mio. HK\$. Dabei erstaunt nicht nur die späte Reaktion, sondern auch die anfänglich geringe zusätzliche finanzielle Hilfe, da zuvor am 31. März nur 200 Mio. HK\$ für die Krankenhausausrüstung

und am 22. April weitere 200 Mio. HK\$ für die Zusatzausbildung von Beschäftigten im Gesundheitswesen bewilligt worden waren (Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/18/0718238.htm).

Beim Ausbau und bei der Modernisierung des Gesundheitssystems setzt die Regierung auch auf die Informationstechnologien, wie der Gesundheitsminister am 30. Juli bei der Eröffnung eines „IT in Health Forum“ erklärte. So sei in den vergangenen Jahren für alle öffentlichen Krankenhäuser ein Informationssystem geschaffen worden (CMS, Clinical Information System), um wechselseitige Anfragen, die Interpretation von Symptomen, Diagnosen und Entscheidungen zu erleichtern. Unter Nutzung dieser Infrastruktur habe man Ende März innerhalb von nur 72 Stunden eine zentrale Datenbasis für alle SARS-Patienten schaffen können (eSARS), die vom Gesundheitsministerium durch ein Centralized Case and Contact Information System (SARS-CCIS) ergänzt wurde, um so ein integriertes Tool für epidemiologische Untersuchungen und Cluster-Analysen zu schaffen. Zusätzlich habe man bei der SARS-Bekämpfung auf das Major Incident Investigation and Disaster Support System (MIIDSS) der Polizei zurückgreifen können, das Informationen über engere Kontakte der Infizierten und deren letzte Aufenthaltsorte lieferte. Das Ministerium strebe weiterhin an, eine Datenbank der Patientenberichte zu schaffen, und entwickle schließlich auf der Grundlage und unter Zusammenschluss aller vorhandenen Informationssysteme ein Public Health Information System (PHIS), das Vorsorge und Krankheitsbekämpfung durch gemeinsame Informationen, Berichtswesen, Datenanalysen und Ad-hoc-Anfragen verbessern helfen solle (Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/30/0730105.htm).

Deutlich geworden ist in der SARS-Krise auch die Notwendigkeit, in Gesundheitsfragen enger mit der VR China zusammenzuarbeiten. Täglich, betonte Prof. Griffith, würden 300.000 Personen die Grenze überqueren und damit die Möglichkeit der grenzübergreifenden Ansteckung erhöhen. Im August wollen sich daher laut Minister Yeoh die Verantwortlichen aus

der Provinz Guangdong, Hongkong und Macau treffen, um ein Frühwarnsystem für ansteckende Krankheiten zu besprechen. Die Überlegungen, so die Regierung, richten sich zunächst aus Kapazitätsgründen auf 29 Infektionskrankheiten, die spätere Ausdehnung auf weitere neue Krankheiten sei aber möglich. Auch denke man an die Einbeziehung von Infektionen bei Tieren, deren Ausbruch z.B. in den USA längst Teil des Frühwarnsystems seien. Am 18. Juli gab die Regierung bekannt, dass man sich mit den Behörden der Volksrepublik auf die Impfung von Hühnern geeinigt habe, die nach Hongkong exportiert werden sollen. Damit soll für diese der gleiche Schutzstandard erreicht werden, wie er für die in Hongkong aufgezogenen Hühner gilt, und so ein Ausbruch der H5 Geflügelgrippe verhindert werden (SCMP online, 10.7.03; RTHK Radio 3, 11.7.03, nach BBC PF, 11.7.03; Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/18/0718182.htm; XNA, 31.7.03).

Möglicherweise durch SARS zusätzlich sensibilisiert, warnte der Präsident der Medizinervereinigung Dr. Lo vor einer Zunahme der Fälle von Denguefieber. Die registrierten Infektionen seien mit 20 bereits dreimal so hoch wie im Vorjahr und bereits im Jahr 2002 seien sie mit insgesamt 44 weit höher gewesen als zuvor (3-17 pro Jahr von 1994-2001). Die meisten Fälle seien importiert, was auf eine erhöhte Aktivität der für die Krankheit verantwortlichen *Aedes albopictus* Mücken in Südostasien hinweise (SCMP online, 14.7.03). -gs-

32 Rückgang bei Selbstmorden älterer Personen

Die Zahl der älteren Hongkonger über 60 Jahre, die Selbstmord begangen, ist 2002 auf ein Fünfjahrestief gefallen, wie die Leiterin der Abteilung für öffentliche Wohlfahrt im Gesundheitsministerium bekannt gab, und liege mit 241 zu 270 registrierten Fällen um 11% unter den Zahlen von 2001. Dabei sei bei insgesamt steigenden Selbstmorden der Anteil der Älteren von 33% im Jahre 1997 auf 24% gesunken. Als Gründe nannte sie Krankheiten, geistige Verwirrung und unzureichende familiäre Beziehungen; finan-

zielle Probleme seien zwar insgesamt von zunehmender Bedeutung, machten bei den Älteren aber nur 5% der Fälle aus (SCMP online, 14.7.03).

Aufgeschreckt worden war die Regierung bereits 1997, als eine Studie von Forschern der Chinese University zu *Elderly Suicides in Hong Kong* einen rapiden Anstieg in der Gruppe der über 75-Jährigen festgestellt hatte. Daraufhin war vom Gesundheits- und Wohlfahrtsministerium eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Erweitert um weitere Forscher wurde diesem multidisziplinären Team 1999 eine weitere Studie übertragen, die im Februar 2002 vorgelegt wurde (www.hwfb.gov.hk/hw/english/archive/legco/W_020513/full_report.pdf, Aufruf am 12.8.03). Auch diese kam zu dem Ergebnis, dass bei generell steigender Selbstmordrate die Fälle Älterer abnahmen.

Hongkongs Selbstmordrate, so die Studie, liegt im weltweiten Vergleich im Mittelfeld. Überall in der Welt bilden die älteren Erwachsenen die Gruppe mit dem höchsten Risiko, wobei die Gründe „multidimensional“ sind, da sie verschiedene Risikofaktoren einschließen: physische und psychische Krankheiten, Verluste aller Art, Mangel an sozialer Unterstützung, belastende Ereignisse und die persönliche Lebensgeschichte. Die Rate der Suizide bei Älteren (speziell bei Frauen) ist in Hongkong höher als in den Nachbarländern, blieb in den letzten zwei Jahrzehnten aber relativ stabil und nahm von 1997 bis 1999 sogar ab, und zwar von 29,5 Fällen per 100.000 Personen auf 26,3. Damit sank das Verhältnis an allen Fällen von 2,46:1 (1997) auf 1,99:1 (2000). Da bei der Hälfte der Suizide der schlechte bis sehr schlechte Gesundheitszustand eine entscheidende Rolle spielte, sehen die Autoren darin nicht nur ein soziales und medizinisches Problem, sondern auch eines des öffentlichen Gesundheitswesens. -gs-

33 Pisa-Studie führt zu gemischter Resonanz

Die Ergebnisse der Pisa-Studie, in der seitens der OECD Auskunft über die Fähigkeiten 15-Jähriger in 43 Ländern und Regionen gegeben werden, wurden in Hongkong unterschiedlich auf-

genommen. So zeigte sich der Minister für Schul- und Berufsbildung Arthur K.C. Li selbstverständlich sehr erfreut über die Ränge Hongkongs, das in Mathematik den ersten, in Naturwissenschaften den dritten und im Lesen den sechsten Platz belegte, und sah darin eine Bestätigung der überdurchschnittlichen Leistungsfähigkeit des Hongkonger Erziehungssystems. Demgegenüber warnten Bildungsexperten, wie z.B. der Dekan der Abteilung für Bildungspsychologie an der Chinese University Hau Kit-tai, der die Regierung auch bei Reformen berät, dass die Ergebnisse nur deutlich machten, dass Hongkong Schüler produziere, die bei schriftlichen Tests exzellent abschließen. Die erzielten Ergebnisse sollten, so ein Professor der Hongkong University, Schwächen auf anderen Gebieten nicht vergessen machen (SCMP online, 3.7.03). -gs-

34 IT-Technologien im Unterricht

Auf eine Anfrage im Legislative Council machte der Minister für Schul- und Berufsbildung Arthur K.C. Li am 2. Juli Angaben zum Einsatz von Informationstechnologien (IT) im Schulunterricht. 1997 habe die Regierung eine Reihe von Initiativen zum IT-Einsatz gestartet und in einer „Five-Year Strategy on Information Technology for Learning in a New Era“ programmatisch zusammengefasst. Von 1998 bis Juni 2003 habe sie insgesamt 2,08 Mrd. HK\$ zur Verfügung gestellt, vor allem für die Anschaffung von Hardware (1,2 Mrd.), für Installation und Support (438 Mio.), Lehrerausbildung (372 Mio.) und die Entwicklung von Lernsoftware (30 Mio.). Zusätzlich seien vom Quality Education Fund seit 1998 weitere 1,5 Mrd. HK\$ zur Unterstützung verschiedener IT-Projekte in Schulen bereitgestellt worden, z.B. um ärmere Schüler mit PCs zu versorgen und zum Aufbau einer HKEdCity-Website. Die Website sei inzwischen voll funktionsfähig und habe z.B. nach dem Ausbruch von SARS vielen Schulen als Plattform für die Fortführung des Unterrichts gedient. Für das Schuljahr 2002-03 seien 18 Schulen aufgerufen worden, ein Netzwerk von „Centers of Excellence on IT in Education“ zu bilden, um sich gegenseitig zu fördern. Ab September 2003 sollen

Schulen Bargeldzuweisungen erhalten, um den Support für ihre Computer selbst zu organisieren (Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/02/0702135.htm). -gs-

35 Unzufriedenheit über Schulplatzzuweisungen

Am 15. Juli gab das Ministerium für Schul- und Berufsbildung die Ergebnisse der Schulplatzzuweisung für die Sekundarstufe bekannt (SSPA, Secondary School Places Allocation). Nach Angaben des Ministeriums sei es gelungen, die Zahl der Schüler, die Plätze ihrer Wahl erhielten, zu erhöhen. So seien von insgesamt 81.855 Absolventen der 6-jährigen Primarstufe 76,5% Schulen ihrer ersten bis dritten Wahl zugeteilt worden (gegenüber 75,7% im Vorjahr), 59,2% (Vorjahr: 58,3%) hätten sogar ihre erste Wahl verwirklicht. Dieses positive Ergebnis sei u.a. auf ein verbessertes Computerprogramm zurückzuführen.

Viele Eltern hatten bereits vor der Bekanntgabe ihre Besorgnis und Unzufriedenheit geäußert, da sie im Ergebnis der Auswirkungen von SARS eine ungerechte Zuteilung befürchteten. Unter normalen Bedingungen erfolgt diese auf der Grundlage von drei Examina, von denen eines im zweiten Halbjahr der fünften Primarstufe und zwei jeweils im ersten und zweiten Halbjahr der sechsten Primarstufe stattfinden. Die Examensergebnisse werden dann anhand einer Einstufung der Schulen (Academic Aptitude Test) modifiziert, die für die Jahre 1997 bis 1999 gilt, denn im Jahre 2000 wurde der Test abgeschafft und bisher durch kein neues Einstufungssystem ersetzt. In diesem Jahr nun konnte das dritte Examen aufgrund der Schulschließungen vielfach nicht durchgeführt werden. Da einige Schulen, die die dritte Prüfung vor der Schließung abgehalten hatten, dennoch alle drei Ergebnisse meldeten, befürchteten viele Eltern angesichts der unterschiedlichen Vergleichsbasis ein ungünstiges Abschneiden ihrer Kinder (SCMP online, 15., 16.7.03; Press Release, www.info.gov.hk/gia/general/200307/14/0714094.htm). -gs-